



Bad Schwalbach, den 25.11.2020

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	30/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 24. November 2020
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:00 Uhr
Ort	Großer Saal des Kurhauses Bad Schwalbach

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Klaus-Peter Güttler	
Herr Günter Heckel	
Herr Christian Kessner	
Herr Lothar Metternich	
Herr Volker Mosler	
Frau Inga Rossow	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Winfried Steinmacher	

entschuldigt

Frau Heike Jung-Wellek	
------------------------	--

Dezernenten

Frau Dr. Orth-Krollmann	
Herr Dr. Clemens Mödden	TOP 1,2, 13 und 14
Herr Karl Ottens	

Beratendes Mitglied

Herr Benno Pörtner	
--------------------	--

Verwaltung

Herr Axel Petri	TOP 1, 13 und 14
-----------------	-------------------------

Schriftführerin

Frau Yvonne Grein	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Ausschussvorsitzende Weimann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreter des Kreisausschusses, Vertreter der Verwaltung und die Gäste

Die Ausschussmitglieder beschließen, dass die TOP 6, 12 und 17 gemeinsam behandelt werden. Die TOP 13 und 14 werden vorgezogen.

Zu TOP 18 wird im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung beschlossen, dass der Haushalt zur Entscheidung in den HFA überwiesen wird.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 13.10.2020

Abg. Rossow wünscht eine Ergänzung in TOP 7 der Niederschrift zur Sitzung am 13. Oktober 2020. Sie bittet darum, den Satz „Die FWG-Fraktion schließt sich dem Antrag der SPD-Fraktion an“ in die Niederschrift aufzunehmen.

Die Niederschrift der Sitzung des EUKA am 13. Oktober 2020 wird mit der obenstehenden Ergänzung einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS X/1308 Berichts Antrag - Bearbeitung von Bauanträgen- Nr. 19/20 vom 12.05.2020 der FWG-Fraktion; Stellungnahme der Verwaltung

Zu den Fragen der FWG-Fraktion vom 18. November 2020 wurde von der Verwaltung am 23. November 2020 Stellung genommen. Sowohl die Fragen als auch die Stellungnahme sind dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt. Abg. Rossow bedankt sich für die Beantwortung. Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS X/1376 Naturpark Rhein-Taunus; hier: Antrag Nr. 21/20 der FDP-Fraktion vom 03.08.2020, eingegangen am 04.08.2020

Die FDP-Fraktion hat am 12. November 2020 einen Änderungsantrag gestellt, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Abg. Hoffmann erläutert den Antrag.

Abg. Mosler führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Antrag beitrifft.

KB Dr. Orth-Krollmann erläutert, dass die Naturparkplanung derzeit durch einen eigens dafür eingestellten Mitarbeiter konkretisiert wird.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler, Rossow und Mosler.

Der Änderungsantrag wird einstimmig, bei einer Enthaltung, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Gremien des Naturparks Rhein-Taunus und mit der Stadt Wiesbaden das im Rahmen des Naturparkkonzeptes aus dem Jahr 2018 erarbeitete Handlungsfeld „Erholung und nachhaltiger Tourismus“ besonders zu priorisieren.
2. Ein entsprechendes Teilkonzept mit Darstellung des erforderlichen Personal-, Zeit- und Kostenrahmens ist dem Kreistag noch vor der Sommerpause 2021 vorzulegen.

TOP 4. DS X/1455 Sachstand zum barrierefreien Umbau der Bushaltstellen im Kreis, Berichts Antrag Nr. 20/20 der SPD-Fraktion vom 04.08.2020; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abg. Güttler bedankt sich für die Mitteilungsvorlage. Er betont, dass der aufgezeigte Weg, durch entsprechende Festlegungen im Regionalen Nahverkehrsplan die Frist zum vollständigen Ausbau aller Haltestellen zu barrierefreien Haltestellen zu verlängern, der richtige Weg ist.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS X/1477 Erwerb einer Immobilie zum Betreiben einer Rettungswache in Hohenstein

Abg. Hoffmann bittet die Verwaltung darum, aufzuzeigen, wie die hohen Umbaukosten für die Fahrzeughalle in Höhe von mehr als 140.000 € zu Stande kommen. Eine Anmerkung der Verwaltung dazu ist dieser Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann, Kessner und Landrat Kilian.

Dem Beschlussvorschlag wird sodann einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss nimmt

den derzeitigen Planungsstand zum Erwerb einer Immobilie in Hohenstein- Strinz Magarethä zur Einrichtung einer Rettungswache und die geplante Vermietung der Immobilie an einen Leistungserbringer im Rettungsdienst zur Kenntnis

und beauftragt die Verwaltung

- a. die Verhandlungen mit dem Eigentümer zum Erwerb der Immobilie voranzutreiben,
- b. die Verhandlungen mit dem Leistungserbringer im Rettungsdienst zur Vermietung der Immobilie voranzutreiben,
- c. nach Abschluss der vorgenannten Verhandlungen eine Beschlussvorlage zum Erwerb der Immobilie und Vermietung an den Leistungserbringer im Rettungsdienst in den Gremienlauf zu geben

und

- d. in der verwaltungsseitigen Änderungsliste zum Haushaltsplan 2021 710.000 € zum Erwerb der Immobilie vorzusehen.
2. Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung, der Haupt und Finanzausschuss und der Kreistag nimmt die unter Ziffer 1 genannten Beschlüsse zur Kenntnis.

TOP 6. DS X/1492 Citybahn - aktuelle Situation und Ausblick

Die TOP 6, 12 und 17 werden gemeinsam behandelt.

Zum TOP 6 hat die CDU-Fraktion am 18. November 2020 einen Antrag gestellt, der dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist. Abg. Mosler erläutert dazu, dass er es für notwendig hält, im Kreistag einen Grundsatzbeschluss über die Reaktivierung der Aartalbahn zu fassen. Ebenso liegt ein FDP-Antrag vom 4. November 2020 vor. Abg. Hoffman erläutert den FDP-Antrag.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann, Mosler, Güttler, Metternich, Rossow, Kessner und Landrat Kilian.

Der Abg. Güttler weist auf die Zuständigkeiten des RMV bei den Untersuchungen zur Reaktivierung der Aartalbahn hin.

Landrat Kilian sagt zu, die Mitglieder des Ausschusses regelmäßig über die Liquidation der CityBahn GmbH und die entstandenen Kosten zu informieren.

Die Ausschussmitglieder beschließen, über die Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Punkt für Punkt zu beschließen.

Zuerst wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Punkt 1 wird bei zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen.

Punkt 2 wird einstimmig beschlossen.

Punkt 3 wird bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Punkt 4 wird bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen

Dann wird über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt.

Die Abstimmung über Punkt 1 wird dabei in Satz 1 und die Sätze 2-4 gegliedert.

Punkt 1, Satz 1 wird bei drei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

Punkt 1, Sätze 2-4 werden mehrheitlich abgelehnt, bei drei Ja-Stimmen

Punkt 2 wird mehrheitlich abgelehnt, bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung

Punkt 3 wird einstimmig zugestimmt.

Aus der Beschlussfassung ergibt sich, dass das Mobilitätskonzept zu überarbeiten ist. Über die überarbeitete Version soll in der nächsten EUKA-Sitzung beraten werden.

Beschluss:

1. Nach Ablehnung des Projekts CityBahn durch ein Vertreterbegehren in der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich der Kreis dafür aus, schnellstmöglich ein schienengebundenes Nahverkehrsangebot von Bad Schwalbach über Taunusstein bis nach Wiesbaden auf der Strecke der Aartalbahn zu etablieren. Die Strecke soll dazu reaktiviert und so instandgesetzt werden, dass in Wiesbaden sowohl der Hauptbahnhof als auch der Ostbahnhof angefahren werden können-letzterer mit der Option auf eine Durchbindung der Fahrten zum Flughafen Frankfurt und nach Frankfurt Hauptbahnhof.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, ob die Reaktivierung der Aartalbahn-Strecke grundsätzlich nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) förderfähig ist. Bei positivem Ergebnis dieser Prüfung wird der Kreisausschuss gebeten, eine entsprechende Nutzen-Kosten-Untersuchung anzustoßen.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, dem Kreistag jeweils die weiteren seitens des Rheingau-Taunus-Kreises notwendigen Schritte vorzulegen, sobald diese feststehen.
4. Der Beschluss ist in den Entwurf des Mobilitätskonzeptes zu überführen und selbiges ist dementsprechend anzupassen. Das Projekt CityBahn ist aus dem Mobilitätskonzept zu streichen.

5. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, den Maßnahmenkatalog des Mobilitätskonzeptes im Hinblick auf die gescheiterte Realisierung des Citybahn-Projekts zu überarbeiten.
6. Der Kreistag stellt fest, dass mit dem in Taunusstein bereits in Vorbereitung befindlichen Pilot-Projekt „On-Demand-Verkehr“, das bereits im Jahr 2021 starten soll, ein zukunftsorientiertes Mobilitätsangebot entsteht, welches im Erfolgsfall im Rheingau-Taunus-Kreis ausgeweitet werden kann.

**TOP 7. DS X/1487 Einstieg des RTV in ein eigenes Busangebot; hier: Berichts-
antrag Nr. 29/20 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom
02.11.2020, eingegangen am 03.11.2020**

Dem Berichtsantrag wird einstimmig ohne Aussprache zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, welche organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten es gibt, dass der RTV in Ergänzung zu den Fahrleistungen durch externe Dienstleister selbst ÖPNV-Leistungen erbringt.

Bei dem Bericht ist von folgendem Szenario auszugehen, dass der Kreis in einer kleinen Anzahl selbst Fahrzeuge beschafft und betreibt. Diese könnten auf Linien eingesetzt werden, bei denen der Vertrag mit externen Dienstleistern in naher Zukunft ausläuft. Die Busse könnten auch zum Einsatz kommen, wenn die privaten Gesellschaften ihren Vertrag nicht erfüllen, z.B. im Rahmen der Beförderung von Schulkindern. Die Busse wären mit eigenem Personal entsprechend zu besetzen. In Abhängigkeit von den in Betracht kommenden Linien könnte eine solche Flotte aus kleineren Fahrzeugen mit 20 - 30 Plätzen bestehen. Die in Eigenleistung fahrende Busflotte sollte in dem Szenario den neuesten ökologischen Standards entsprechen.

Mit welchem finanziellen Aufwand wäre zu rechnen und wie könnte dies im Hinblick auf die ohnehin fließenden Zuwendungen des Kreises als Aufgabenträger dargestellt werden?

Weiter ist zu berichten, welche Erfahrungen andere öffentliche Verkehrsgesellschaften, die eigene Fahrleistungen anbieten, gemacht haben.

**TOP 8. DS X/1490 Konsequenzen aus der Citybahnablehnung in Wiesbaden; hier:
Berichts-antrag Nr. 30/20 der Fraktion DIE LINKE vom 03.11.2020**

Abg. Pörtner erklärt den Berichtsantrag mit der Vorlage X/1492 als erledigt. Der Berichtsantrag wird zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

TOP 9. DS X/1497 Kosten City-Bahn-Aus; hier: Berichtsantrag Nr. 31/20 der AFD-Fraktion vom 04.11.2020

Abg. Kessner erläutert den Berichtsantrag. Er wird sodann einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag fordert den Kreissausschuss auf, möglichst zeitnah eine Aufstellung über sämtliche Kosten (Aufsplitterung nach Personal-, Gutachten, Beratungs- und Sachkosten etc.) zu erstellen, die mit oder in Zusammenhang mit der Planung für den Rheingau-Taunus-Kreis bereits entstanden sind.

2. Der Kreistag fordert den Kreissausschuss auf zu berichten: Welche finanziellen Aufwendungen hat die City Bahn GmbH bzw. deren Partner ESWE / Wohnen Versorgung Verkehr (Wiesbaden Holding) für Image und PR Kampagnen (z.B. Anzeigen, Plakate und Flyer) bezüglich des Bürgerentscheides 01.11.2020 zur City-Bahn direkt und über beauftragte PR Agenturen getätigt?
Welcher Kostenanteil davon wird an den Rheingau-Taunus-Kreis weiterbelastet?
Gab es direkte oder indirekte Unterstützung an die City Bahn Bürgerinitiativen?

3. Der Kreistag fordert den Kreissausschuss auf, zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Städte Taunusstein und Bad Schwalbach über die bestehende Trasse an das S-Bahn des RMV angebunden werden können. Hierfür gab es bereits in der jüngeren Vergangenheit im Zuge der Landesgartenschau Bad Schwalbach 2018 erste teilweise detaillierte Kosten- und Machbarkeitsabschätzungen.

TOP 10. DS X/1467 Stellungnahme zur 1. Änderung des Teilplans Erneuerbare Energien

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Schmelzeisen, Güttler, KB Orth-Krollmann und Landrat Kilian.

Der Abg. Schmelzeisen beantragt, dass die Vorrangfläche in der Nähe von Heidenrod-Springen aus der ablehnenden Stellungnahme herausgenommen wird. Es ist planerischer Wille der Gemeinde Heidenrod, dort Windkraftanlagen zu errichten.

Über diesen Antrag wird abgestimmt.

Er wird bei drei Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wird über die von der Verwaltung vorgelegte Stellungnahme abgestimmt. Die Stellungnahme wird bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag gibt die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung zur ersten Änderung des Teilplans Erneuerbare Energien ab.

TOP 11. DS X/1474 Stellungnahme zur Nachbeteiligung Bundesfachplanung Ultra-net

Abg. Hoffmann weist darauf hin, dass die Bundesnetzagentur den Schutz der Menschen bei der Planung nicht ausreichend berücksichtigt.

Dem Beschlussvorschlag wird sodann einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis gibt zur Nachbeteiligung für die Trassenkorridor Anpassungen im Rheingau-Taunus-Kreis die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme ab.
2. Zudem wird die Beschlussfassung im Rahmen der ersten Behördenbeteiligung gemäß § 9 NABEG bekräftigt:
 - Aufgrund der fehlenden Notwendigkeit der Trasse, sollte vollständig auf den Bau der Höchstspannungsübertragungsleitung verzichtet werden.
 - Sollte das nicht möglich sein, ist aufgrund der geringeren Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch die linksrheinische Trassenvariante zu realisieren.
 - Sollte das nicht möglich sein, ist eine erdverkabelte Trasse entlang der A 3 zu realisieren.
 - Sollte das nicht möglich sein, sind die von der Stadt Idstein und den Gemeinden Niedernhausen und Hünstetten vorgeschlagenen kleinräumigen Trassenalternativen zu realisieren.

TOP 12. DS X/1479 Mobilitätskonzept für den Rheingau-Taunus-Kreis

Der TOP 12 wurde gemeinsam mit TOP 6 und TOP 17 behandelt. Siehe dazu TOP 6.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 13. DS X/1482 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft zum 31.12.2019

Die TOP 13 und 14 werden gemeinsam beraten.

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft wird einstimmig beschlossen.

Die Vorlage X/1483 musste aufgrund eines redaktionellen Fehlers geändert werden. Die geänderten Teile der Vorlage sind dieser Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt.

KB Ottes erläutert, dass sich der Kreistag nach sechs Gebührensenkungen in den letzten Jahren voraussichtlich 2022 mit Gebührenerhöhungen befassen muss.

Herr Petri geht auf die Fragen der Abg. Hoffmann, Güttler, Mosler und Rossow ein. Für Abg. Güttler bleiben die Fragen nach den Kosten und dem Nutzen des neuen Konzeptes für die Werstoffhöfe offen. Diese Fragen wurden in der Betriebskommission erörtert. Zur Beantwortung der Fragen ist das Protokoll der Betriebskommission dieser Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt.

Über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes wird sodann abgestimmt.

Dem Wirtschaftsplan wird einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft zum 31.12.2019, erstellt durch das Wirtschaftsprüfungsbüro Mittelrheinische Treuhand GmbH in 56068 Koblenz, zur Kenntnis.

Dem Kreistag wird empfohlen:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
2. Den Jahresverlust in Höhe von 90.124,15 € der allgemeinen Rücklage zu entnehmen.
3. Der Betriebsleitung für das Jahr 2019 Entlastung zu erteilen.

TOP 14. DS X/1483 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2021

Die TOP 13 und 14 wurden gemeinsam beraten. Sie dazu auch TOP 13.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2021 wird wie folgt beschlossen:

- | | |
|--|-----------------|
| 1. Der Wirtschaftsplan | 2021 |
| wird gemäß §15 Eigenbetriebsgesetz
(GVBL II 1989 331 - 6) festgestellt. | |
| 2. Im Erfolgsplan werden die Erträge auf | 11.621.900,00 € |
| die Aufwendungen auf | 13.780.500,00 € |
| und der Jahresverlust auf | 2.158.600,00 € |

festgesetzt.

- | | |
|--|----------------------------------|
| 3. Im Vermögensplan werden die Einnahmen auf und die Ausgaben auf festgesetzt. | 4.883.600,00 €
4.883.600,00 € |
| 4. Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf festgesetzt. | 2.515.000,00 € |
| 5. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen wird auf festgesetzt. | - € |
| 6. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt. | 4.000.000,00 € |
| 7. Die Entgelte für Anlieferungen auf den Wertstoffhöfen werden gemäß der Anlage festgelegt. | |

TOP 15. DS X/1486 Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke über den Rhein in die Machbarkeitsstudie zur Rheinbrücke aufnehmen; hier: Antrag Nr. 40/20 der SPD-Fraktion vom 30.10.2020, eingegangen am 03.11.2020.

Abg. Güttler erläutert den Antrag. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler, Güttler und Kessner.

Der Antrag wird bei drei Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 16. DS X/1493 Bürgerentscheide im RTK; hier: Antrag Nr. 41/20 der AfD-Fraktion vom 04.11.2020

Ausschussvorsitzender Weimann stellt vor dem Hintergrund der schon in der Vergangenheit von der AfD-Fraktion gestellten Anträge die grundsätzliche Frage in Richtung des Abg. Kessner, ob ein derartiger Antrag Gegenstand der Debatte des Kreistags sein kann und sollte.

Abg. Kessner wünscht eine Abstimmung über den Antrag.

Der Antrag wird bei einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 17. DS X/1500 Mobilität im RTK; hier: Antrag Nr. 45/20 der FDP-Fraktion vom 04.11.2020

Die TOP 6, 12 und 17 wurden gemeinsam behandelt. Siehe dazu auch TOP 6.

TOP 18. DS X/1465 Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021

Die Ausschussmitglieder beschließen, die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 zur Beschlussfassung in den HFA zu überweisen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 wird zur Beschlussfassung in den HFA überwiesen.

TOP 19. DS Verschiedenes

Abg. Hoffmann fragt nach, wann der Kostenvergleich zu den verschiedenen Varianten zur Erweiterung des Kreishauses vorliegen wird.

Landrat Kilian führt aus, dass dazu noch nicht alle Kostenangaben von Externen vorliegen. Der Vergleich soll den Mitgliedern des Kreistages erst vorgelegt werden, wenn alle Informationen vollständig erhoben sind.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

Bad Schwalbach, 25. November 2020

.....
(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

.....
(Yvonne Grein)
Schriftführerin